

1 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beraten und beschließen:

## 2 Ein sozialdemokratisches Steuerkonzept – Aufgabe und 3 Herausforderung

4

5 Die Unkenntnis der Steuergesetze befreit nicht von der Pflicht zum Steuerzahlen.

6

Die Kenntnis aber häufig.

7

Meyer A. Rothschild, Bankier (1744–1812)

8 Die Steuerdebatte des letzten Wahlkampfes: Konservative und Liberale beglücken die  
9 Bürger mit umfangreichen Steuersenkungsversprechen, die SPD hält sich mangels einer  
10 Programmatik in diesem Bereich auffallend zurück. Zwar gab es Äußerungen Einzelner,  
11 Detailvorschläge für Änderungen an den Steuersätzen und das mantrahafte Bekenntnis,  
12 dass andere Alternativen unfinanzierbar seien, die SPD war jedoch nicht in der Lage,  
13 umfassend in die Steuerdebatte einzugreifen und eine positive besetzte Idee zu  
14 vermitteln. Programmatische Aussagen im Wahlkampf zur Steuerpolitik wirkten schrill  
15 und waren in ihrer Polemik leicht durchschaubar. Vermisst wird von der SPD ein  
16 Steuerreformkonzept, das es sich tatsächlich zum Ziel macht, fundamentale  
17 Ungerechtigkeiten im Beitrag zur Staatsfinanzierung abzuschaffen oder zumindest zu  
18 lindern.

19 Verglichen mit grundlegenden programmatischen Äußerungen auf anderen  
20 Politikfeldern nimmt die Steuerpolitik nur marginalen Raum ein. Im Hamburger  
21 Programm in etwa wie ein Blatt an einem Baum:

22 „An der Finanzierung der staatlichen Aufgaben müssen sich Unternehmen und  
23 Privathaushalte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen. Das bedeutet: Wir  
24 bekennen uns zur bewährten progressiven Einkommensteuer. Wir wollen eine gerechte  
25 Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften. Wir wollen die sozialen  
26 Sicherungssysteme stärker durch Steuern auf alle Einkunftsarten und weniger durch  
27 Beiträge finanzieren.“

28 Das Godesberger Programm erkannte hingegen noch die Bedeutung der Steuerpolitik  
29 für die Einkommens- und Vermögensbildung:

30 „Die Marktwirtschaft gewährleistet von sich aus keine gerechte Einkommens- und  
31 Vermögensverteilung. Dazu bedarf es einer zielbewussten Einkommens- und  
32 Vermögenspolitik. Einkommen und Vermögen sind ungerecht verteilt. [...]“ Das ist „im  
33 wesentlichen die Schuld einer Wirtschafts- und Steuerpolitik, die die Einkommens- und  
34 Vermögensbildung in wenigen Händen begünstigt und die bisher Vermögungslosen  
35 benachteiligt.“

36 Dieser Befund gilt heute erneut. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der  
37 Bundesregierung zeigt eine Zunahme der Einkommensungleichheit. Eine Studie des  
38 DIW zeigt, dass sich von 2002 bis 2007 auch die Vermögensverteilung weitete.

39 Diese Entwicklung umzukehren muss die Zielsetzung bei der Entwicklung eines  
40 sozialdemokratischen Reformvorschlages sein.

41 Neben der Umverteilungsfunktion kommen dem Steuersystem jedoch weitere  
42 Aufgaben zu. Hier seien vor allem die Staatsfinanzierungsfunktion sowie  
43 Lenkungsfunktion genannt. In Hinblick auf die durch die Finanzkrise gebeutelten  
44 öffentlichen Haushalte sind Steuersenkungen im Saldo nicht zu finanzieren – führt man  
45 Sie dennoch durch, enteignet man die folgenden Generationen. Deshalb muss sich ein  
46 Reformentwurf vor allem mit Umschichtungen befassen.

47 Die Landesdelegiertenkonferenz fordert den Juso-Landesvorstand auf, eine Grundlage  
48 für eine Steuerdebatte in der Partei zu legen. Dabei sind folgende Anmerkungen zu  
49 einzelnen Steuerarten zu berücksichtigen

#### 50 **Verhältnis von Steuern und Abgaben**

51 Steuern und Abgaben lassen sich nicht isoliert voneinander betrachten. In Deutschland  
52 nimmt der Anteil der Erwerbsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung stetig ab. Damit  
53 wird auch der Anteil an der Bevölkerung geringer, der über Beiträge die Finanzierung der  
54 sozialen Sicherungssysteme sicherstellt. Diese sind aber mehr und mehr als  
55 gesamtgesellschaftliche Aufgabe anzusehen. Es muss eine Debatte darüber geführt  
56 werden, wie a) weitere Einkommensarten in die Finanzierung einbezogen werden  
57 können (z.B. über Bürgerversicherung); b) ob es eine generelle Umschichtung von der  
58 Abgabenfinanzierung hin zur Steuerfinanzierung geben soll. Eine solche zöge eine

59 Vergünstigung des Faktors Arbeit nach sich, mit positiven Auswirkungen auf die  
60 Beschäftigung.

## 61 Staatsfinanzierung

62 Die Staatsfinanzierung muss auf allen Ebenen gesichert sein, damit der Staat der  
63 Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge nachkommen kann. Dies gilt vor allem für die  
64 Kommunen. Das Gewerbesteueraufkommen ist einer hohen Zyklizität unterworfen.  
65 Diese führt Kommunen immer wieder in erhebliche Finanzschwierigkeiten. Das  
66 Steueraufkommen der Kommunen sollte verstetigt werden.

## 67 Soziale Ungerechtigkeit bei Lenkungssteuern

68 Lenkungssteuern sind Verbrauchssteuern die mit dem Ziel erlassen werden, den  
69 Verbrauch eines bestimmten Gutes einzuschränken (Benzin, Strom, Diesel, Bier, Kaffee,  
70 ua.) und die Kosten, die durch deren Gebrauch entstehen auf anderen Ebenen  
71 abzufedern. Hier sind in den letzten Jahren vor allem Steuern zur Senkung des  
72 Ressourcenverbrauchs hinzugekommen. Diese Steuern wirken sehr regressiv, da  
73 Einkommensschwache meist prozentual einen größeren Teil des verfügbaren  
74 Einkommens für diese Güter aufwenden als Einkommensstarke. Gleichzeitig treffen sie  
75 diese Steuern über teurere Produkte, da sich diese Steuern auf die Herstell- und  
76 Transportkosten auswirken. Hier sollte zumindest hinsichtlich der „Ökosteuern“ ein  
77 Ausgleich diskutiert werden. Bei der Einführung oder Veränderung muss neben der  
78 Lenkungsfunktion stets auch der soziale Aspekt berücksichtigt werden.

## 79 Einkommensteuer

80 Die Debatte um die Einkommenssteuer dreht sich vorwiegend um Änderungen ab  
81 Steuertarif. Schwarz-Gelb scheint sich auf eine Veränderung zu einem Stufentarif zu  
82 einigen. Ein linear-progressiver Steuertarif sicher allerdings, dass keine Sprünge im  
83 Grenzsteuersatz auftauchen. Ein Stufentarif hätte negative Anreize an den  
84 Sprungstellen zur Folge und damit wohl auch Auswirkungen auf ein  
85 Einkommenskontinuum. Darüber hinaus entspricht ein Stufentarif nicht dem Prinzip,  
86 dass starke Schultern mehr tragen sollten als schwache. Die SPD bekennt sich eindeutig  
87 zu einem progressiven Steuersystem. Problematischer als der Steuertarif sind jedoch die  
88 zahlreichen Ausnahme- und Sonderregelungen. Hier muss ein umfassender  
89 Reformansatz greifen. Ein einfacheres Steuersystem führt auch zu einer höheren  
90 Akzeptanz in der Bevölkerung. Gleichzeitig müssen die Folgen der „kalten Progression“

91 beseitigt werden. Dieses kann über eine Inflationsanpassung von Grundfreibetrag und  
92 Beginn des Spitzensteuersatz erfolgen. Auch sollte der Tarif so angepasst werden, dass  
93 niedrige und mittlere Einkommen niedriger, hohe Einkommen stärker belastet werden.  
94 Statt der Reichensteuer sollte der Spitzensteuersatz erhöht werden.  
95

## 96 Unternehmenssteuern

97 Die Höhe der zu zahlenden Steuern ist von zwei Größen abhängig: der  
98 Bemessungsgrundlage und dem Steuersatz. Vergleiche zwischen Ländern werden meist  
99 nur über den Steuersatz gezogen und die Bemessungsgrundlage wird außen  
100 vorgelassen. Um in der EU tatsächlich eine Harmonisierung der Unternehmenssteuern  
101 zu erreichen sollte eine einheitliche Bemessungsgrundlage angestrebt werden. Auf  
102 diese können dann national unterschiedliche Steuersätze angewendet werden. Dies  
103 schafft Transparenz, verringert die Problematik grenzüberschreitender Steuererfassung  
104 und verhindert einen verdeckten Steuersenkungswettbewerb durch unterschiedliche  
105 Bemessungsgrundlagen. Einem allgemeinen Steuersenkungswettbewerb sollte über  
106 Mindestsätze bei der Körperschaftssteuer entgegengewirkt werden.

## 107 Vermögenssteuern und Erbschaftssteuern

108 Große Vermögen müssen nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip einen größeren Anteil  
109 tragen. Gerade große Vermögen sollten sich ihrer Verantwortung für Bildung und  
110 Aufstiegschancen bewusst sein. Es ist deshalb richtig, darüber zu diskutieren  
111 Chancengerechtigkeit zu erhöhen, in dem verstärkt auf das Instrument der  
112 Vermögensteuer und der Erbschaftsteuer gesetzt wird. Die Besteuerung von Vermögen  
113 ist in Deutschland im EU-Vergleich eher niedrig.

114 Eine niedrige Erbschaftssteuer (mit hohen Freibeträgen) und [!] eine niedrige  
115 Kapitalertragssteuer bevorzugen einseitig Kapitaleinkommen und weiten die  
116 Vermögensschere.